



Mag. Christian Neuwirth
Sprecher des Rechnungshofes
1031 Wien, Dampfschiffstraße 2
Tel.: +43 (1) 711 71 – 8435

Twitter: @RHSprecher
Facebook/RechnungshofAT
neuwirth@rechnungshof.gv.at



Rechnungshof
Österreich



Unabhängig und objektiv für Sie.

Rechnungshof legt die wichtigsten Reformbereiche für eine kommende Bundesregierung vor: „Was jetzt getan werden muss.“

Der Rechnungshof versteht sich als Impulsgeber für die Umsetzung von Reformen in Österreich. „Nach dem Wahlkampf ist nun ein neues Kapitel aufgeschlagen. Wer auch immer Verantwortung übernimmt: Jetzt müssen endlich die notwendigen Entscheidungen getroffen werden“, sagt Rechnungshof-Präsidentin Margit Kraker. Und weiter: „Der Rechnungshof will mit einem sachlichen und überparteilichen Beitrag ein Bewusstsein dafür schaffen, in welchen Bereichen dringender Reformbedarf besteht.“ In diesem Sinne wurde „Was jetzt getan werden muss.“ erstellt, um den Fokus auf die wichtigsten Handlungsfelder zu lenken:

- **Eine Reformstrategie für Österreich entwickeln.**

Das Land braucht eine gemeinsame, koordinierte Strategie aller staatlichen Akteure, das heißt von Bund, Ländern und Gemeinden. Bisher scheiterte dies an Reformunwillen und Einzelinteressen. Ein gemeinsames positives Zukunftsbild ist zu definieren. Jedenfalls sollten Bildung, Sicherheit und Compliance (Rechtssicherheit) zu den Standortvorteilen Österreichs im internationalen Wettbewerb zählen.

- **Schule an neue Herausforderungen anpassen.**

Österreich setzt hohe Mittel in sein Bildungssystem ein, die Leistungen der Schülerinnen und Schüler sind nur durchschnittlich. Migration und Digitalisierung stellt auch die Schule vor neue Aufgaben. Es sind verbindliche Bildungsziele für ganz Österreich festzulegen. Die tatsächliche Unterrichtszeit in den Klassen muss verstärkt werden. Ressourcen müssen zielgerichtet zum Einsatz kommen.

- **Defizite im Gesundheitsbereich heilen.**
 Die Ausgaben für den Gesundheitsbereich sind eine besondere Herausforderung für den Gesamtstaat. Es bestehen Entscheidungsdefizite bei Standortfragen von Spitälern und hinsichtlich des künftigen Bedarfs an medizinischem Personal. Ein zeitnaher Zugang zu medizinischen Leistungen ist wichtig. Mit 21 Sozialversicherungsträgern gibt es ein komplexes, zersplittertes System. Dieses System der Sozialversicherungen ist neu zu organisieren, um die Steuerung und das Leistungsangebot zu verbessern.
- **Pflegefinanzierung endlich entscheiden.**
 Die kommende Bundesregierung muss endlich eine Grundsatzentscheidung treffen, wie die Pflege in Österreich nachhaltig finanziert werden soll. Verschiedene Modelle einer solidarischen Finanzierung, etwa auch eine staatliche soziale Pflegeversicherung, sind denkbar. Ein Gesamtkonzept für Planung und Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Pflege ist zu entwickeln.
- **An der Steigerung des faktischen Pensionsalters führt kein Weg vorbei.**
 Pensionen und Arbeitsmarkt sind gemeinsam zu betrachten. Die demografische Entwicklung verringert Reformeffekte, je länger Maßnahmen verzögert werden. Reformen im Pensionsbereich greifen nur langfristig. Das Verhältnis zwischen Beitragsleistungen und Pensionsempfängern tritt 2060 in eine Schiefelage.
- **Der Staat darf nichts verschenken.**
 Die hohe Anzahl an Fördergebern, Fördertöpfen und Förderungsprogrammen ist zu reduzieren, weil der Verwaltungsaufwand und die Unübersichtlichkeit der Programme und Strukturen steigen. Die Transparenzdatenbank ist immer noch nicht wirksam und muss zu einem effektiven Steuerungsinstrument werden. Werden klar definierte Ziele durch eine Förderung nicht erreicht, ist diese Förderung einzustellen. Überförderungen sind zu vermeiden.
- **Digitalisierung: Standortvorteile sichern.**
 Die Reformstrategie der kommenden Bundesregierung muss dem Digitalisierungstrend Rechnung tragen, indem die entsprechende Infrastruktur bereitgestellt wird, Ausbildungspläne angepasst und Standortvorteile genutzt werden. Digitalisierung verändert auch den Staat selbst. Die staatliche Verwaltung muss die Möglichkeiten der Digitalisierung aufgreifen.

- **Schulden bedeuten Verpflichtung.**
 Steigende Staatsschulden verpflichten zu einer verantwortungsvollen Budgetpolitik. Ein Erstarren der Wirtschaftsleistung darf keinesfalls zur Vernachlässigung der Haushaltsdisziplin führen. Das Ziel der staatlichen Konsolidierung bleibt wichtig.

- **Moderne Verwaltung: Bürgernutzen in den Mittelpunkt.**
 Eine moderne Verwaltung stellt den Bürgernutzen in den Mittelpunkt ihres Handelns. Dazu gehört eine zeitgemäße Organisation, um Qualität und Effizienz der Verwaltung zu steigern. Ein Qualitätskriterium ist die Schaffung von Rechtssicherheit. Es sind Maßnahmen zu ergreifen, um die Verfahrensdauer bei behördlichen Verfahren und bei Verfahren vor Gerichten zu verkürzen.

- **Leistungsfähige Demokratie und Transparenz der Parteien.**
 Die kommende Bundesregierung muss die Strukturen unseres Staates ohne Tabus reformieren. Österreich braucht Institutionen, die mit klaren Aufgaben und Verantwortlichkeiten ausgestattet sind. Föderale Strukturen schaffen dort Probleme, wo Bund, Länder und Gemeinden mit ein und derselben Aufgabe betraut sind. Die Bereitschaft zu Reformen muss auf jeder staatlichen Ebene gegeben sein. Demokratie und transparente Parteien gehören zusammen. Die Finanzierung des parteipolitischen Wettbewerbs muss nach klaren, nachvollziehbaren und für alle gleichen Regeln erfolgen. Die Einhaltung dieser Regeln muss vom Rechnungshof tatsächlich – das bedeutet: nicht formal, sondern inhaltlich – überprüft werden können. Fehlverhalten muss wirksam sanktioniert werden können.

„Welche Regierung auch immer gebildet wird: Zu diesen zentralen Reformthemen muss es Entscheidungen geben“, so Rechnungshof-Präsidentin Margit Kraker. Der Rechnungshof werde kontrollieren, ob Reformen umgesetzt werden: „Die Bevölkerung erwartet sich Ergebnisse.“